

# Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung**

63. Sitzung  
22. März 2021

Beginn: 08.37 Uhr  
Schluss: 12.57 Uhr  
Vorsitz: Martin Trefzer (AfD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

#### **Aktuelle Viertelstunde**

**Eva Marie Plonske (GRÜNE)** fragt für ihre Fraktion:

Angesichts der Forderungen an den Hochschulen zeitnah unabdingbar notwendige Kurse wie Laborpraktika o.ä. wieder in Präsenz mit entsprechenden Test- und Hygienekonzepten durchführen zu können – wie viele Masken, Schnelltests und Selbsttests wurden von den Corona Krisenstäben der Hochschulen bislang angefordert und konnten diese vollumfänglich und rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden?

**Staatssekretär Steffen Krach (SKzL)** antwortet, dass die Beschaffung von Masken und Schnelltests in der Autonomie der Hochschulen liege. Die SKzL unterstütze und stimme den Einsatz mit den Hochschulen ab. Trotz Coronaschnelltests könne es aber gerade im April und Mai keine Präsenzveranstaltungen mit Hunderten Studierenden geben. Die Tests hälften, bereits stattfindende Veranstaltungen wie künstlerische Zulassungsprüfungen und Laborpraktika mit maximal 25 Teilnehmenden sicherer zu machen.

**Eva Marie Plonske (GRÜNE)** fragt nach, ob es effektiver sein könnte, wenn eine Hochschule die Beschaffung der Schnelltests federführend übernehme.

**Staatssekretär Steffen Krach (SKzL)** stimmt zu, dass ein gemeinsames Vorgehen effektiver wäre, deswegen stimme man sich in der wöchentlichen Taskforce ab. Zu Beginn stelle die Charité Schnelltests zur Verfügung und berate zum Einsatz.

**Stefan Förster (FDP)** fragt nach, ob das Land Berlin mehr Präsenzveranstaltungen im Sommersemester 2021 zulassen könne, wenn an den Hochschulen systematisch getestet werde.

**Staatssekretär Steffen Krach (SKzL)** betont, dass die Möglichkeit von Präsenzveranstaltungen von der allgemeinen Pandemielage abhänge. Studierende litten zunehmend unter dem Lockdown, aber Lockerungen hätten Konsequenzen, die man abwägen müsse. Zunächst sollten die notwendigen Präsenzveranstaltungen möglichst sicher sein. Wenn es die Lage zulasse, sollten in einem nächsten Schritt Veranstaltungen für jene Studierenden, die ihr Studium während der Pandemie begonnen hätten, angeboten werden.

**Stefan Förster (FDP)** weist darauf hin, dass es Präsenzangebote an künstlerischen Hochschulen geben müsse, weil sonst die Qualität der Ausbildung leide.

**Staatssekretär Steffen Krach (SKzL)** weist darauf hin, dass es seit Beginn der Pandemie Ausnahmen für Veranstaltungen an künstlerischen Hochschulen gebe.

**Adrian Grasse (CDU)** fragt, wie die SKzL die Schließung der Abteilung forensische Genetik des Instituts für Rechtsmedizin der Charité und die Debatten darüber in der Presse bewerte.

**Staatssekretär Steffen Krach (SKzL)** erläutert, dass ein privater Laborverbund vergaberechtlich gegen den Kooperationsvertrag zwischen der Charité und dem LKA Berlin vorgegangen sei, woraufhin der Vertrag zunächst von der Vergabekammer und schließlich im Juni 2020 vom Kammergericht endgültig für unwirksam erklärt worden sei. Die durch den Justizsenators sowie den Sprecher für Inneres der Partei Bündnis 90/Die Grünen in der Presse geäußerten Vorwürfe seien daher ohne Grundlage. Die SKzL erwarte eine Entschuldigung gegenüber den Beschäftigten der Charité für die Aussage, die Charité lasse das Land Berlin im Regen stehen.

**Martin Trefzer (AfD)** fragt, wie die forensische Genetik eine hoheitliche Aufgabe bleiben könne.

**Staatssekretär Steffen Krach (SKzL)** betont, dass Behörden an das Vergaberecht gebunden seien. Bei einer Vergabe nach rein wirtschaftlichen Kriterien habe die Charité als Landesunternehmen, das nach Tarif bezahle, schlechtere Chancen als private Anbieter. Er befürworte eine Änderung der Kriterien und würde die Unterstützung durch die Wirtschaftssenatorin sowie insbesondere den Justizsenator begrüßen.

**Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE)** unterstreicht, die Koalition sei daran interessiert, dass die forensische Genetik eine hoheitliche Aufgabe bleibe. Es könne allerdings nicht allein Aufgabe der Justizverwaltung sein, dies zu regeln.

**Staatssekretär Steffen Krach (SKzL)** stellt klar, er habe lediglich ausdrücken wollen, dass die Vorwürfe an die Charité nicht gerechtfertigt seien, da es sich um eine Entscheidung des

Kammergerichts handle. Die Charité habe die forensische Arbeit fortsetzen wollen und angeboten, dies auch in der Zeit des Übergangs zu tun.

**Tobias Schulze** (LINKE) argumentiert für die Möglichkeit einer Direktvergabe, da datenschutzrechtlich sensible genetische Daten nicht dem privaten Wettbewerb unterliegen dürften.

**Staatssekretär Steffen Krach** (SKzL) stimmt dem Abgeordneten zu. Es sei zudem problematisch, dass die Charité, angeregt durch das Land Berlin, gute Beschäftigungsbedingungen schaffe, aber dann bei Vergaben nicht berücksichtigt werden könne.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt 1 ab.

### Punkt 2 der Tagesordnung

#### **Bericht des Senats**

Kein Berichtsbedarf.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt 2 ab.

### Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Bauliche Erweiterung, neue Studienangebote – Ausblick und Perspektiven für die ASH am Standort Hellersdorf**  
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0126](#)  
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

### Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**SAGE Fächer an den Berliner Hochschulen – bestehende Strukturen und Konzepte für die Zukunft**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0130](#)  
WissForsch

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke  
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 18/3402  
**Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die  
Kooperationsplattform der Berlin University  
Alliance**

[0132](#)  
WissForsch

**Dr. Ina Maria Czyborra** (SPD) begründet die im Änderungsantrag enthaltene Verlängerung der Übergangsfrist zur Sicherung der Personalvertretung während des Aufbaus der Berlin University Alliance um sechs Monate damit, dass sich diese pandemiebedingt als nicht ausreichend erwiesen habe.

**Staatssekretär Steffen Krach** (SKzL) fasst zusammen, dass die redaktionellen Anpassungen das Verfahren zur Körperschaft öffentlichen Rechts unterstützen.

**Dr. Hans-Christian Hausmann** (CDU) kündigt an, dass sich die CDU-Fraktion enthalten werde, da nicht bekannt sei, ob der Charité-Vorstand miteinbezogen worden sei.

**Staatssekretär Steffen Krach** (SKzL) erwidert, dass der Änderungsentwurf nicht im Detail mit dem Charité-Vorstand abgestimmt sei. Es handle sich aber um eine unproblematische redaktionelle Änderung, da der Fakultätsrat der Charité, der nun mitgenannt werde, den Akademischen Senaten der anderen Partner der Berlin University Alliance entspreche.

Der **Ausschuss** beschließt, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anzunehmen und empfiehlt dem Plenum, dem Antrag 18/3402 – mit den soeben beschlossenen Änderungen – zuzustimmen. Die Dringlichkeit wird beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Aktuelle Herausforderungen für die  
Lehrkräftebildung in Berlin: Qualität und Quantität  
– Theorie und Praxis sowie Innovation im  
Lehramtsstudium**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0119](#)  
WissForsch

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 25.01.2021

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Auf dem Weg zur Weltspitze – Strategie Charité 2030**  
(auf Antrag der Fraktion der FDP)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs  
**Immunologische Forschung als Querschnittsthema in der Gesundheitsstadt Berlin – Forschungsschwerpunkte, Institute, Zentren und ihre Vernetzung**  
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0123](#)  
WissForsch

[0127](#)  
WissForsch

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 08.02.2021

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.